

“Zukunft braucht Vergangenheit”

Archive als Informationsvermittler zwischen Vergangenheit und Zukunft, von Wolfgang Müller

Archive vielfältigster Art bewahren Unterlagen, die für die zukünftige Erforschung und das Verständnis der Gegenwart von bleibendem Wert sind. Nach Ablauf der in der Regel 30-jährigen archivischen Sperrfristen sind mittlerweile Akten und Unterlagen aus der Zeit der “Kulturrevolution” von 1968 zugänglich. Der Autor stellt fest, dass die Studierendengemeinden bislang kaum von der historischen Forschung wahrgenommen wurden. Eine Analyse des Archivmaterials der Studierendengemeinden aus der Zeit um 1968 könnte die verschlungenen Verbindungslinien zwischen 68 und dem Protestantismus und die protestantischen Wurzeln etlicher namhafter Protagonisten ausloten. Weiter chronologisch ausgreifende und vergleichend orientierte Untersuchungen zu den Evangelischen Studierendengemeinden könnten möglicherweise zeigen, wie trotz systematisch massiv steigender Studierendenzahlen Politisierung, Traditionsbruch und Säkularisierung die Basis und die Resonanz der Evangelischen Studierendengemeinden in den Universitäten reduzierten.

Neben Bibliotheken und Museen gehörten Archive lange zu den kulturellen Institutionen, die nicht oft im Rampenlicht der Öffentlichkeit standen, deren Aktivitäten sich eher in verborgenen Magazinen und Lesesälen vollzogen und deren Bedeutung als Wissensspeicher der Vergangenheit allenfalls die historisch Interessierten schätzten. Aber das zuletzt deutlich wachsende Interesse an Geschichte, die Neuentdeckung der Geschichte als Kulturwissenschaft, die Fragen nach der Vergangenheit in der unmittelbaren Familie und Region, nach Alltag und Leben in früherer Zeit, die historische Positionsbestimmung und Selbstvergewisserung im Zeichen der sich immer schneller wandelnden Welt, die Auseinandersetzung mit der Erinnerungskultur, die schon Ende der 60er Jahre einsetzende Spurensuche nach lange verborgenen demokratischen Traditionen, aber auch die stete Auseinandersetzung mit den

deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts und die Fülle der nach dem Umbruch von 1989 verfügbaren Quellen einschließlich der 180 Kilometer Unterlagen des Geheimdienstes der DDR, das gegenwärtig lebhaftere Interesse an historischen Dokumentationen in Kino, Fernsehen und Printmedien, gelegentlich zu überraschenden Enthüllungen führende biographische Recherchen oder das nun 2005 prägende Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkrieges vor 60 Jahren, an Flucht, Vertreibung, Bombenkrieg, Völkermord, Holocaust, Niederlage, Befreiung und Neubeginn: all dies rückt die Archive, die inzwischen im Ensemble der kulturellen Institutionen durch eigene Ausstellungen, Beständeübersichten, Findbücher, Quellenpublikationen und Internet-Portale verstärkt ihre vielfältigen Aktivitäten präsentieren und ihre spezifischen Aufgaben dokumentieren, wieder mehr in das Blickfeld.

So fand beispielsweise der vom Verband der Deutschen Archivarinnen und Archivare initiierte, im September 2004 bundesweit begangene zweite “Tag der Archive” besondere Resonanz, gerade ist die umfangreiche 18. Ausgabe des Verzeichnisses der deutsche Archive erschienen, das die verschiedenen Staats-, Kommunal-, Kirchen-, Adels-, Wirtschafts-, Parlaments-, Parteien-, Medien- sowie Universitäts- und Wissenschaftsarchive verzeichnet, und der 75. Deutsche Archivtag in Stuttgart wird sich Ende September dem Thema “Das deutsche Archivwesen und der Nationalsozialismus” widmen. Unter dem Motto “Koblenz ist nicht Gorleben” wird gerade kontrovers in den Feuilletons eine mögliche künftige Verwahrung der Stasi-Akten im Bundesarchiv erörtert, die verblüffende NS-Vergangenheit manch illustrierer Germanisten oder ehrwürdiger Institutionen löste ebenso lebhaftere

Diskussionen aus wie Aktenvernichtungen im Umfeld von Regierungswechseln, Hitlers Steuerakte fand gar kürzlich den Weg auf die Titelseite der größten Boulevardzeitung, und nicht allein die laufende Auswertung der Stasi-Dateien bietet wohl künftig weiterhin Stoff für neue Enthüllungen.

Welche Information ist "archivwürdig"?

Dabei kennt die Öffentlichkeit kaum die vielfältigen und verantwortungsvollen archivarischen Aufgabenfelder vom Sichern über das Bewahren und Erschließen zum Nutzen und Auswerten der Quellen. Die Archivgesetze des Bundes und der Länder vom Saarland bis Brandenburg, von Schleswig-Holstein bis Bayern, die verschiedenen Archivordnungen der Städte, Kirchen, Universitäten und wissenschaftlichen Institutionen regeln nicht nur die Aufgaben der jeweiligen Archive im entsprechenden Zuständigkeitsbereich und die Nutzung der Archivalien durch Dritte. Sie illustrieren beispielsweise auch, dass das Spektrum des Archivguts von der meist recht gut

erhaltenen mittelalterlichen Pergamenturkunde über Akten und Amtsbücher zu den elektronischen Datenträgern der Gegenwart reicht und neben historischen und aktuellen Protokollbüchern, Karten, Plänen, Plakaten, Fotos, Filmen und Tonträgern auch die in Zeiten des angeblich papierlosen Büros weiter ausufernd entstehenden Akten Archivgut sind, wobei der Papierzerfall und der rasche Alterungsprozess der Hardware mittelfristig die Überlieferung gefährden. Doch sind insgesamt alle gegenwärtig entstehenden Unterlagen aus den verschiedensten Behörden und Institutionen komplett in den Magazinen der jeweils zuständigen Archive aufzubewahren?

An diesem Punkt ist auf die archivierte Bewertung, die überaus verantwortungsvolle Prüfung der Unterlagen auf "Archivwürdigkeit" hinzuweisen. So bezeichnet beispielsweise das Saarländische Archivgesetz diejenigen Unterlagen als archivwürdig, "die auf Grund ihrer politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedeutung für die Erforschung und das Verständnis von Geschichte und Gegenwart, für Gesetzgebung, Rechtspre-

chung und Verwaltung sowie für die berechtigten Belange der Öffentlichkeit von bleibendem Wert sind".

Dabei schreitet gleichzeitig die zeit-historische Forschung immer weiter voran. So präsentiert etwa das Bundesarchiv inzwischen *online* nicht nur die Kabinettsprotokolle der Bundesre-

**Auch nach dem
30-jährigen Gedenken kurz
vor der Jahrtausendwende
blieb "1968" weiterhin in
der historischen und aktuellen
politischen Diskussion.**

gierung bis 1959, sondern auch unmittelbar nach Ablauf der 30-jährigen Sperrfrist zahlreiche Dokumente zur Deutschlandpolitik der Bundesregierung im Umfeld der Guillaume-Affäre 1974, das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes bietet laufend in Jahrgangsbänden die "Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland" zwischen 1963 und 1972, oder das Robert Havemann / Matthias Domaschk-Archiv wendet sich der Sicherung der Überlieferung der Bürgerbewegungen und Oppositionsgruppen in der DDR zu.

Auch die anderen Archive haben in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich die ständige Verpflichtung, die archivwürdigen Unterlagen der nahen und fernen Vergangenheit für künftige Generationen zu sichern. Denn – so lautet etwa das Motto auf der Homepage des Zentralarchivs der Evangelischen Kirche der Pfalz – "Zukunft braucht Vergangenheit", "Archive erhalten Überlieferung, nehmen Mitverantwortung wahr für das kulturelle Erbe unserer Gesellschaft, garantieren die Kontinuität historischer Vergewisserung, wirken als Häuser der Geschichte, sind Informationsvermittler zwischen Vergangenheit und Zukunft".

Informationen zum Archivwesen

finden sich unter anderem auf der

Homepage des Verbandes deutscher Archivarinnen und Archivare

www.vda.archiv.net

Homepage der Archivschule Marburg

www.uni-marburg.de/archivschule/fv61.html

Homepage des Bundesarchivs

www.bundesarchiv.de

Homepage von Archivalia

www.archiv.twoday.net

Homepage von Augias.Net – Das Internetportal für die Archive

www.findbuch.net/augiasnet

Das zitierte Motto des Zentralarchivs der Evangelischen Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche):

www.evpfalz.de/werke/archiv/hom4_arc.htm

Die "Kulturrevolution" von 1968

So entstand beispielsweise 30 Jahre nach dem schillernden, diffamierten und vielfach mythologisierten, die Bundesrepublik und die westliche Staatenwelt maßgeblich verändernden Umbruchjahr 1968 im Kreis der deutschen Archive an Hochschulen und wissenschaftlichen Institutionen die in einem sachthemenorientierten Inventar mündende und Archivführer, Chronik und Bibliographie vereinende Dokumentation der Studierendenproteste der 60er Jahre. Nach Ablauf der in der Regel 30-jährigen archivischen Sperrfristen und im Zeichen der sich *expressis verbis* auf 1968 beziehenden bundesweiten Proteste der Studierenden im Wintersemester 1997/98 schien es geboten, einen Überblick über die in verschiedenen Archiven und Institutionen verstreuten Unterlagen zu gewinnen.

Daneben reicht der chronologische Bogen von den Berliner Protestdemonstrationen des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) gegen den Besuch des kongolesischen Diktators Tschombé im Dezember 1964 bis zu den Frankfurter Kundgebungen gegen die "Baskenprozesse" im Dezember 1970 und vereint lokale, nationale und internationale Ereignisse. Dabei verzeichnet die Chronik nicht nur das Geschehen in den Brennpunkten Berlin, Frankfurt und München, sondern auch in den kleineren Universitätsstädten und weist auf prägende innen- und außenpolitische Begebenheiten in der Bundesrepublik und Wechselwirkungen mit Ereignissen in den USA, Frankreich und Vietnam hin.

1998 fragten zahlreiche Kolloquien und Feuilleton-Beiträge weniger nach den Folgen dieser "Kulturrevolution" und des damit verbundenen Traditionsbruchs und der wachsenden Säkularisierung als vielmehr nach "Erfolg" oder "Misserfolg" des Umbruchjahres. Aber auch nach dem 30-jährigen

Gedenken kurz vor der Jahrtausendwende blieb "1968" weiterhin in der historischen und aktuellen politischen Diskussion, wie etliche wissenschaftliche Monographien, aus welchem Impuls auch immer entstandene persönliche Memoiren und Rechtfertigungen, Recherchen nach der Vergangenheit der nun an den Schalthebeln der Berliner Republik sitzenden "68er" oder zuletzt die Erinnerung an Rudi Dutschkes 25. Todestag im Dezember 2004, die parteipolitische Berliner Kontroverse um die eventuelle Umbenennung der Berliner Kochstraße oder die Diskussion um eine Rudi-Dutschke-Straße in Tübingen zeigen.

Die kirchliche Zeitgeschichte

Auch die kirchliche Zeitgeschichte widmet sich inzwischen verstärkt den zwischen Tradition und Neubeginn oszillierenden Jahren nach 1945, wo-

bei seit 1989 insbesondere die facettenreiche, lebhaft umstrittene Position der Kirche in der DDR beleuchtet wird. Während weiterhin in zahlreichen Fallstudien Anpassung, Verweigerung und Widerstand in der NS-Diktatur einschließlich des Themas "Zwangsarbeiter in kirchlichen Einrichtungen" untersucht werden, rücken nun auch die Entnazifizierung, die Rolle der Kirchen beim politischen und ökonomischen Wiederaufbau, bei der Annäherung an die europäischen Nachbarn und in den frühen Jahren der Bundesrepublik stärker in den Mittelpunkt.

Um endlich das Interesse über den "Kirchenkampf" der NS-Diktatur und das oft als Stunde Null der deutschen Geschichte bezeichnete Jahr 1945 hinaus zu lenken, wandte sich etwa im November 2004 auch die vom Düsseldorfer Archiv der Evangelischen Kirche im Rheinland ausgerichtete Tagung des Ausschusses für rheinische Kirchengeschichte und kirchliche Zeitgeschichte der Entwicklung der Evan-

Literaturhinweise:

- Ardey-Verlag in Zusammenarbeit mit dem Verband deutscher Archivarinnen und Archivare (Hrsg.), *Archive in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und der Schweiz. Ein Adressenverzeichnis*, 18. Auflage, Stand November 2004, Münster Januar 2005.
- Eckhart G. Franz, *Einführung in die Archivkunde*, 5. Auflage, Darmstadt 1999.
- Norbert Reimann (Hrsg.), *Praktische Archivkunde. Ein Leitfadens für Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste – Fachrichtung Archiv*, Münster 2004.

Vgl. zu den im Beitrag erwähnten Themen unter anderem

Christoph König (Hrsg.), *Internationales Germanisten-Lexikon 1800-1950*, CD-ROM 2003.

Thomas P. Becker / Ute Schröder (Hrsg.), *Die Studentenproteste der 60er Jahre. Archivführer – Chronik – Bibliographie*, Köln 2000.

Die Vorträge des erwähnten Kolloquiums in Kaub werden im Jahrgangsband 2006 der *Monatshefte für Evangelische Kirchengeschichte des Rheinlandes* publiziert.

gelischen Kirche im Rheinland unter den Präsidien Heinrich Held und Joachim Beckmann zu. Die Vorträge beschäftigten sich unter anderem mit der Evangelischen Akademie Mülheim im Kontext der deutschen Akademiebewegung, dem Kirchenbau im Ruhrgebiet nach dem Zweiten Weltkrieg, dem langen Weg zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern im pfarramtlichen Dienst, den Auseinandersetzungen um Schriftauslegung und Bekenntnis der 50er und 60er Jahre, dem Verhältnis des rheinischen Protestantismus zu den politischen Parteien, den liturgischen Entwicklungen der 50er und 60er Jahre und den Evangelischen Studentengemeinden zwischen Gemeindeleben und Umbruch um 1968.

Die Studentengemeinden in der historischen Forschung

Verblüffenderweise sind übrigens die Studentengemeinden bislang kaum von der historischen Forschung wahrgenommen worden, und allenfalls im Umfeld von Jubiläen entstandene Festschriften oder Broschüren oder gelegentliche Hinweise auf die Verhältnisse in der Weimarer Republik und der NS-Diktatur bieten einige Impressionen. Ebenso fehlen wichtige Vorarbeiten wie Biographien der Studentenvorfahren oder vergleichend orientierte Analysen der Studentengemeinden, weitgehende Informationen über die Binnenstrukturen, persönliche Netzwerke, die verschiedenen Aktivitäten und ihre Wahrnehmung, die Position der ESG in der Hochschule und ihr Verhältnis zu den Ortsgemeinden oder über ihre Verbindungen zu den Partnergemeinden in der damaligen DDR.

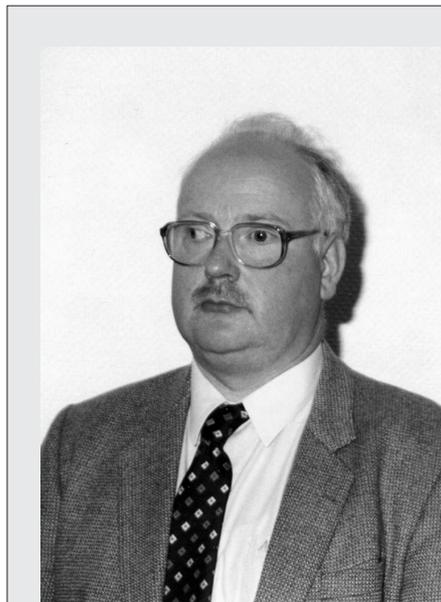
Aufgrund dieser Defizite erscheint es dringend erforderlich, sich auch aus archivistischer Sicht intensiver diesem Thema zuzuwenden. Während sich die Universitäts- und Hochschularchive mit der Sicherung der Überliefe-

rung der Selbstverwaltung der Studierenden zu widmen haben, bleibt den kirchlichen Archiven die gleichermaßen lohnende wie aufwendige Aufgabe, auf dem Sektor der konfessionellen Studierendengemeinden Quellenverlusten vorzubeugen, die vielfach verstreuten Quellen und zeitgenössischen Dokumente zu sichern sowie die Überlieferung durch systematische Recherchen nach privat gesammelten Unterlagen und Nachlässen sowie atmosphärisch aufschlussreiche Gespräche mit Zeitzeugen maßgeblich zu erweitern.

Vielleicht könnten zukünftig dann auch die bislang nur gelegentlich angedeuteten, verschlungenen Verbindungslinien zwischen 68 und dem Protestantismus und die protestantischen Wurzeln des studentischen Protests und etlicher namhafter Protagonisten präziser ausgelotet werden. Ebenso wäre die prägende Rolle der vielfach als Seismographen des Zeitgeistes interpretierten Evangelischen Studierendengemeinden für die Politi-

dem seinerzeit zwar durchaus eher konservativ, aber doch stärker als der Katholizismus liberal grundierten Protestantismus und den Aufbrüchen am Ende der 60er Jahre zu fragen.

Gerade der vom Autor dieser Zeilen nach der Lektüre diverser überwiegend theologisch orientierter Grundsatzpapiere, Materialsammlungen und Akten kirchlicher Provenienz bei der erwähnten Tagung in Kaub gewagte erste Blick auf die Evangelischen Studentengemeinden in Bonn, Köln und Saarbrücken zeigte, welch facettenreiches Panorama sich dabei entfaltet. Während einerseits in den internen Protokollen der rheinischen Studentenvorfahrenkonferenzen das zwischen Dissens und Kooperation schwankende Verhältnis der Studentenvorfahren zur Kirchenleitung sichtbar wird, verdeutlichen andererseits die verschiedenen Informationen aus den Gemeinden den rapide fortschreitenden Traditionsbruch, die Abkehr vom bisherigen Gemeindeleben, das geringe Interesse an theologischen Fragen, die wachsende



Archivoberrat Dr. Wolfgang Müller leitet das Archiv der Universität des Saarlandes.

Postadresse des Archivs:
Postfach 15 11 50, 66041 Saarbrücken,
E-Mail w.mueller@univw.uni-saarland.de

sierung und die folgenden Wege und Irrwege der damaligen Bürgersöhne und Bürgertöchter, Pastorensöhne und Pastorentöchter zu diskutieren und nach Konnotationen zwischen

Politisierung, die versuchte Synthese von Glauben und Handeln, die Suche nach neuen Ufern und der vielleicht gewünschten, möglicherweise aber auch erzwungenen Anpassung an den

„Zeitgeist“, die unter anderem den Landesverband Rheinland der Evangelischen Akademikerschaft im Frühjahr 1968 gegen aus seiner Sicht überzogene Voten der Evangelischen Studentengemeinden gegen die geplanten Notstandsgesetze protestieren ließ.

In Köln belastete die Auseinandersetzung um eine nicht zuletzt wegen des Engagements des Pfarrers für das „Politische Nachtgebet“ umstrittene Pfarrwahl das Klima zwischen ESG und Kirchenleitung. In Bonn hatte sich das Verhältnis zwischen der ESG und dem Rektor der Universität, dem Ordinarius für Kirchengeschichte Wilhelm Schneemelcher, sowie zwischen ESG und Universitätsprediger keineswegs spannungsfrei gestaltet, und gelegentlich beschwerten sich Professoren bei der Kirchenleitung über die Vergabe von Tagungsräumen an linke Basisgruppen. In Saarbrücken, das nicht nur geographisch weit von der Düsseldorfer Kirchenleitung entfernt war und wo der liberale Jurist und spätere Bundesminister Werner Maihofer universitätspolitisch geschickt als Rektor agierte, entwickelte sich kurzzeitig sogar das interessante Experiment einer Fusion von Evangelischer und Katholischer Studentengemeinde.

Weiter chronologisch ausgreifende und vergleichend orientierte Untersuchungen zu den Evangelischen Studierendengemeinden könnten möglicherweise zeigen, wie beim Übergang von der Ordinarien- zur Gruppenuniversität und trotz systematisch massiv steigender Studierendenzahlen Politisierung, Traditionsbruch und Säkularisierung die Basis und die Resonanz der Evangelischen Studentengemeinden in den Universitäten reduzierten.

•

“Des Fatums unsichtbare Hand”

Eine geschichtsphilosophische Betrachtung zu Fortschritt und Ziel von Geschichte, von *Thomas Nattrodt*

Gibt es ein Ende der Geschichte? Für Karl Marx und Francis Fukuyama war diese Frage eindeutig mit Ja beantwortbar. Der Autor widerspricht. Selbst die Frage nach einem Fortschritt in der Geschichte ist nicht eindeutig zu beantworten. Während in Europa sich die Idee der Menschenrechte durchgesetzt hat, deuten weltpolitische Verwerfungen und Zustände in afrikanischen Staaten darauf hin, dass von historischem Fortschritt nicht die Rede sein kann.

Die Beschäftigung mit dem Fach Geschichte wirft immer wieder die Frage auf, inwieweit dies das Denken und Handeln der Menschen bestimmt. Besonders Politiker werden nicht müde, konfrontiert man sie mit der Frage nach dem Sinn historischer Auseinandersetzung, zu erklären, man müsse aus der Geschichte lernen oder Lehren für das eigene Denken ziehen und damit politische Fehler der Vergangenheit, die Gegenstände der Geschichtsschreibung geworden sind, in der Zukunft vermeiden. Damit knüpfen sie an eine Geschichtsauffassung an, die sich in der Zeit der Aufklärung neu entwickelte. Die Statements der sich auf die Geschichte berufenden Politiker werden ergänzt durch allerlei Symbolismus. Es werden Mahnmale, Gedenkstätten und historische Museen errichtet. Die Politikeraussage, man solle aus historischen Prozessen Lehren ziehen, soll auf diese Weise, gewissermaßen in Beton gegossen, für die Ewigkeit gelten. Daneben erinnert

man sich auf unzähligen Gedenktagen vergangener historischer Ereignisse, wobei in der Öffentlichkeit Feindschaften zwischen den Völkern als überwunden demonstriert werden. Nicht selten geraten dabei die als groß gemeinten Gesten unfreiwillig an den Rand der Komik, wenn beispielsweise Staatenlenker ehemals verfeindeter Völker händchenhaltend vor den Gräbern gefallener Soldaten beider Seiten stehen. Daneben haben geschichtliche Themen, für den Laien leicht verständlich und vor allem unterhaltend aufbereitet, in den Medien derzeit Hochkonjunktur.

Dieser Aktionismus und Symbolismus des politischen Raums sowie die Medienpräsenz historischer Themen suggerieren, dass im geschichtlichen Prozess so etwas wie Fortschritt möglich ist, sofern sich die historischen Akteure in ihrem politischen Handeln als lernwillig und -fähig zeigen. Daneben ist die Meinung weit verbreitet, in der